

## Titeldaten

**Titel:** Abendausgabe  
**Datum:** Montag, den 25. Juli 1921  
**Band:** 35  
**Ausgabe:** 341, 25.07.1921 - Abendausgabe  
**Standort:** Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg  
**Signatur:** n.n.  
  
**PURL:** [https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119\\_19210725AB](https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19210725AB)

## Rechtehinweis

### Urheberrechtsschutz nicht bewertet.

Der Urheberrechtsschutz und sonstige Rechtsstatus des Objekts wurde nicht bewertet. Bitte prüfen Sie selbst, ob das Objekt urheberrechtlich geschützt ist und verwenden Sie es in diesem Fall nur im Rahmen gesetzlicher Erlaubnisse oder mit Zustimmung der Urheberin bzw. des Urhebers, falls dieses in Betracht kommt.



<https://rightsstatements.org/vocab/CNE/1.0/>

### Ergänzender Hinweis

Möglicherweise benötigen Sie zusätzliche Erlaubnisse für die beabsichtigte Nutzung. Zum Beispiel, weil Persönlichkeitsrechte abgebildeter Personen zu beachten sind.

## Nachnutzung

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

| *Original und digitale Bereitstellung: Standort + Signatur + PURL*

Bei der Weiterverwendung unserer Digitalisate freuen wir uns über eine kurze Mitteilung mit den bibliographischen Angaben und nach Möglichkeit auch über ein Belegexemplar der Publikation.

## Kontakt

Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg  
- Carl von Ossietzky -  
Von-Melle-Park 3  
20146 Hamburg

[digitalisierung@sub.uni-hamburg.de](mailto:digitalisierung@sub.uni-hamburg.de)  
<https://www.sub.uni-hamburg.de>

# Saamburger Echo

Angelien die Wappenstein  
Beitrag 2,20 A, zuzüglich  
50 Prozent Zenerung  
Zugl. Arbeitsmarkt u.  
Familienanzeigen 2,40 A.  
Angelien Annahme  
Beitrag 2,20 A, zuzüglich  
50 Prozent Zenerung  
Zugl. Arbeitsmarkt u.  
Familienanzeigen 2,40 A.  
Angelien Annahme  
Beitrag 2,20 A, zuzüglich  
50 Prozent Zenerung  
Zugl. Arbeitsmarkt u.  
Familienanzeigen 2,40 A.

Nr. 341.

Montag, den 25. Juli 1921 - Abend-Ausgabe.

35. Jahrgang.

## Das Zerstörungswerk.

Infer Auslandsmitarbeiter, der in unferm Auftrag den französischen Gewerkschaftskongress in Lille besuchen sollte, hat vom französischen Konsulat die Mitteilung erhalten, daß ihm das Visum nicht erteilt werden könne.

Am heutigen Tage wird in Lille der französische Gewerkschaftskongress eröffnet, der bestimmt scheint, auf Verhelf von Moskau die Einheit der französischen Gewerkschaftsbewegung zu zertrümmern. Wenn die Moskauer in allen Ländern nur Unheil in der Arbeiterklasse angerichtet haben, so kann man sagen, daß diese Krankheit heute überall überwunden ist, die Arbeiterbewegung sich wieder auf dem Wege der Genesung befindet, Frankreich ausgenommen. Ob aber in der französischen Arbeiterbewegung die bolschewistische Zerstörungspolitik herrschen oder ob ein französisch-sozialistisches Zusammenarbeiten mit den französischen Arbeiterorganisationen möglich ist, hat für die deutsche Arbeiterbewegung mehr Bedeutung als je. Und deshalb verfolgen wir den heroischen Kampf, den die jetzigen Führer der französischen Gewerkschaften, die Jouhaux, Werrheim, Vidégaray, gegen die Trabanten von Moskau ausfechten, mit tiefer Anteilnahme.

Wie kommt es, daß gerade in Frankreich der Bolschewismus solche Erfolge hat? Nach der landläufigen Anschauung müßte Frankreich, als reiches Land, gegen die bolschewistische Ausbeutungsgelahr gefeit sein. Wie grundfalsch jedoch diese Meinung ist, die von dem Irrglauben ausgeht, der militärische Sieg sei die Quelle alles Wohlstandes und die Niederlage der Ursprung alles Übels, das zeigt das Beispiel des besiegten Frankreich, wo der Bolschewismus nie Fuß fassen konnte. Desterreich, Dagegen sind gerade zwei Siegerstaaten, Italien und Frankreich, von ihm am stärksten misgünstig worden. Der Einfluß des Bolschewismus hängt vielmehr ab von der Einsicht und dem tatsächlichen Gehalt der Führer der Arbeiterbewegung, von der Aufrechterhaltung der Einheit, von den internen Zuständen der Arbeiterbewegung eines Landes, und nur in sehr geringem Maße von den jeweiligen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen. So allein erklärt es sich, daß die französische Arbeiterbewegung heute hilflos dem Bolschewismus verfallen scheint.

Man darf vor allem eines nicht außer acht lassen: die ehemals indifferenten oder uns direkt feindlichen Massen, die der Krieg durch seine Dauer und unerträglichen Qualen zu uns herübergetrieben hat, die am Kriegsbeginn noch burrapatriotischen Tummel ergriffen waren, sie sind es gerade, die infolge einer psychologischen Reflexbewegung ganz nach links abwandern. Sie sind auch am empfänglichsten für die bolschewistischen Zerstörungsmethoden, die damit beginnen, die erprobten Führer als „Verräter“ zu brandmarken, sofern diese sich weigern, unter das bolschewistische Joch zu kriechen.

Die politischen Führer der französischen Arbeiterbewegung, die das Erbe von Zureks und Vaillant zu verwalten hatten, haben in ihrer Mehrzahl nicht die Charakterstärke gehabt, um sich der bolschewistischen Demagogie und dem tabulierten Tummel der Kriegsjahres zu widersetzen. So ist es zur Spaltung gekommen. Den Kommunisten gelang es, den Parteiapparat in der Hand zu behalten und sich damit einen zunächst vorwiegenden Einfluß zu sichern, obwohl kaum ein Viertel der sozialistischen Abgeordneten sich ihnen anschloß. Seit Jahresbeginn führt nun die kommunistische Partei Frankreichs einen unerbittlichen Kampf mit allen Mitteln der persönlichen Verleumdung und der niedrigsten Demagogie gegen die Gewerkschaften beziehungsweise deren Führer. Wenn man weiß, daß trotz des Zusammenstehens der Gewerkschaften infolge dieses Kampfes nur ein geringer Bruchteil der Mitglieder den Gewerkschaften schon vor dem Kriege angehörte, dann wird der Erfolg der Kommunisten nicht überraschen.

Werden diese in Lille einen endgültigen Sieg erringen? Wir es zur Spaltung kommen? Das sind die schicksalsschweren Fragen, auf die der französische Gewerkschaftskongress die Antwort geben wird. Die Kommunisten befinden sich in einer weit besseren Situation als die alten Gewerkschaften. Sie haben keinerlei Bewußtseinstypen. Sie versprechen den Sieg nicht nach langer, mühsamer Arbeit, sondern für die aller nächste Zeit. Sie haben die Unerschöpflichkeit der Massen, die Reaktion des „nationalen Rodes“ und die kommunistische Tagespresse, darunter die vielverbreitete „Humanité“, für sich. Dieser können die Gewerkschaften, die ehemals Syndikalisten, nur die Tageszeitung „Le Peuple“ mit einer Auflage von 50 000 entgegenstellen. Denn die sozialistische Tagespresse kommt vorläufig kaum in Betracht.

J. S. S.

## Die Leute aus dem Dreifalt.

Ein Roman in drei Teilen.  
Von Gustav Gärder.

[24] Da schwieg Susanne. Als sie mit Erdmutes die Kammer betrat, warf sie sich der Schwester weinend an den Hals. Die Irrende ließ ihr ihrer harten Hand den Rücken. „Gelt, das tut weh, wenn man brennt?“

Susanne aber sagte: „Ich brenne ja gar nicht. Erdmutes, es ist mir.“

Da ließ Erdmutes die Arme sinken. Nun war auch ihr das Weinen nahe.

Jorge hatte Florian in der Stube zurückgelassen. „Florian“, wiederholte er mit klingender Stimme, „morgen gehst Du, ehe die Sonne noch recht über die Berge ist. Du mußt wissen, ob Du ein Mann sein kannst. Das ist die Zeit draußen, und wenn Du eine Weile gar nicht daran denkst, daß es ein Dreifalt und einen Jorgesch gibt, so ist das das Beste. Sie werden versuchen, Dich über das Ohr zu haben. Das ist ihre Art überall. Dann ist die Augen auf. Was Du weiter vornehmen willst, das ist Deine Sache, ganz allein Deine. Was Du aber tust, das muß sein, wie wenn ich einen Nagel in die Buchenplatte da auf dem Tisch gesteckt hätte, und es muß so in Dich hineinwachsen, wie ein Nagel in den Baum hineinwächst, wenn ich ihn tief genug eingetrieben habe. Er bleibt bewegten Eisen, aber der Baum übersteht ihn mit eigenem Leben. Es verlangt niemand von Dir, daß Du die Deinet aus dem Herzen reißen sollst; wähest Du Dir aber eine neue, so muß die alte darunter begraben sein. Du sollst Dich ganz frei entscheiden. Alles Unfreie ist unmännlich. — Es ist nicht nötig, daß Du Susanne lebend läßt.“

Er reichte ihm die Hand. Florian nickte, daß er sich wieder einmal führen lassen wollte, er wollte sich dagegen auflehnen, aber vor dem festen Willen, der auf des Vaters breiter Stirn leuchtete, unterlag er.

Als der Morgen dämmerte, da langte Florian den Stod aus der Kiste und stieg. Er warf das Haupt zurück und ging in trotziger Wildheit. Auf dem Wege in das Tal dachte er daran, wie er feinerzeit mit Susanne da heraufgegangen war. Es war ein so warmes, innerliches Leben auf dem Hofe geworden. Er hatte wieder lachen gelernt, lange vor der Zeit, und es wäre leicht, es zu leugnen, — er hatte Susanne lieb. Der Vater aber trat ihm breit und grauam in den Weg. „Hob er Susanne dem Tragejohne auf? Er hatte es nicht haben wollen, daß er ihr Lebewohl sage. Wähte er, daß er sie zuletzt doch gefast haben würde, ob sie ihn lieb habe? Ja, das hätte er getan, und er hätte

## Vor neuen Ereignissen in Ungarn.

In dem Militärstaat Ungarn, unter dem unumkehrten Regime des Reichsverwesers Korthy ist eine Hochspannung eingetreten, die an Gemüterstöße grenzt und früher oder später in gewaltigen Explosionen sich lösen muß. Es zeigt sich auch in Ungarn, genau wie in Rußland, daß mit militärischer Macht allein ein Volk nicht regiert werden kann, ganz gleich, ob dies von rechtsradikalen oder linksradikalen Politikern versucht wird. Das Volk wird innerpolitisch nie zur Ruhe kommen, und die Regierung, die lediglich auf den Seiten der Bonaparte ihrer eigenen Truppen sitzt, weiß nie, ob nicht morgen die von den Bonaparten geborgene Geweße gegen sie selbst losgehen werden. Die Regierung des ungarischen Ministerpräsidenten Bethlen ist der Militärmacht, der die Korthy-Regierung ihre Entfaltung verdankt, so wehrlos ausgeliefert, daß sie selbst den schlimmsten Übergriffen dieser Militärs kein Wort entgegenzusetzen kann. So ist es gekommen, daß auch der Zentralparlament im Lande selbst schließlich nicht mehr alle die an die Öffentlichkeit drängenden Klagen über militärische Verbrechen erwidern konnte. Die parlamentarische Weisheit der Regierung wurde von Tag zu Tag kleiner, da sie ihrem inneren Wesen nach demokratrischen keinen Landwirte es auf die Dauer nicht bezimmern konnten, die militärischen Übergriffe mit ihrer parlamentarischen Verantwortung zu decken. Die große Verhängnisbede des Abgeordneten Vuchich, in der er angestrichelte Übergriffe der weiten Öffentlichkeit unterbreitete, hat den Vorn des Schwelgers getroffen. Jetzt erscheinen immer neue Enthüllungen, die größtenteils dem Ausland nicht unbekannt sind, die aber der bisher sorgsam in Unkenntnis gehaltenen Masse der ungarischen Bevölkerung eine Lebensfrage nach der anderen bringt. Die militärischen Kreise sorgen selbst dafür, daß das Material nicht abdreht. So sind dieser Tage drei angelegene Breslauer Journalisten verhaftet worden. Man beschuldigt sie, dem in Wien erscheinenden Blatt „Judo“, das die Regierung als ein Landesverratendes Organ bezeichnet, Nachrichten übermitteln zu haben. Der eine dieser Redakteure, der Mitarbeiter des sozialdemokratischen Organ „Nezsava“, ist auf geheimnisvolle Weise verschwunden, und man vermutet, daß die Militärs ihn, wie früher andere Verhaftete, einfach beseitigt haben. Es ist klar, daß die Partei der Heinen Landwirte die Verantwortung für diese Dinge nicht tragen kann. Sie hat daher der Regierung mit ihrem Austritt gedroht. Der Reichsverweser Korthy hofft nun von einer Parlamentsauflösung und noch Remagieren, denen offenbar eine Erneuerung der Militärdiktatur vorhergehen soll, die Beseitigung eines Regimes. Der Ministerpräsident Bethlen scheint aber dieses Vertrauen nicht ganz zu teilen, denn er hat bisher nicht den Mut zur Auflösung gefunden. Die wirliche Gefahr droht der Regierung nicht von links, sondern von rechts. Der ehemalige Ministerpräsident Stefan Friedrich benutzte seinen jenseitigen Freispruch, um von neuem in der politischen Arena zu erscheinen. Er ist der Führer der Karlisten, das heißt der Kreise, die sich für eine sofortige Wiederkehr Kaiser Karls auf den ungarischen Thron einsetzen. Er ist außer höchste Zufriedenheit mit dem Reichsverweser Korthy, weil dieser offenbar mit dem Gedanken der Königswahl spielt und Kaiser Karl nicht für geeignet für die ungarische Königskrone hält, vor allem aber so lange als möglich sich selbst den Posten als Reichsverweser erhalten will. Die Anhänger Stefan Friedrichs unter den Offizieren ist sehr groß, und er wartet offenbar nur eine günstige Gelegenheit ab, um in einem neuen Staatsstreich, der geschickter und energischer durchgeführt werden soll, als das Verhängnis von Steinomenger, den Reichsverweser zu stürzen und Kaiser Karl auf ungarischen Königskrone zu verhehlen. Die Aussichten für das Eintreten einer solchen Situation sind nicht unangenehm. Besteht die Entente auf die sofortige Absetzung Bethlens, so kann es bei dieser Gelegenheit leicht zu Unruhen kommen, die dem Ministerpräsidenten Stefan Friedrich die gewünschte Aufstiebsgelegenheit bieten.

## Das dänische Parteiprogramm.

Zur Feier des 50-jährigen Bestehens der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks wurde ein Jubiläumskongress abgehalten. Er fand unter dem Vorsitz des Genossen C. A. Anderson, der sämtliche Kongresse der Partei in den 50 Jahren geleitet hat. Neben den Vertretern aller Zweige der dänischen Arbeiterbewegung sah man die ausländischen Genossen Tschidse-Georgien, Tschelkha-Gottland, Henderson und Mac Donald-England, Branning-Schweden, Weis-Deutschland u. a. m. Der Parteivorstand Stauring begrüßte die Versammlung. Die internationale, die durch den Imperialismus zu rufen. Deutschland liegt auf dem Operationsfeld. Der Übergang Deutschlands sei der Zusammenbruch des ökonomischen Lebens in ganz Europa. Die dänische Sozialdemokratie gebe durch ihre Einheit und Stärke der ganzen Welt ein schönes Vorbild; durch ihre Politik für die deutschen Kinder habe sie für viele Zeiten einen Platz in dem Herzen der deutschen Arbeiter errungen. (Großer Beifall.) Henderson sprach über den Wiederaufbau der Internationale. Auf der linken Seite der Arbeiterklasse wurde die Entwicklung der kommenden Zeit, die durch den Militarismus bedroht ist, eine Entschleunigung im Sinne der internationalen Sozialdemokratie wurde unter lautem Beifall angenommen. Abends fand im Ropengießer Rathaus ein Fest statt und Sonntag demonstrieren die Arbeiter Kopenhagens. Die ausländischen Vertreter sprachen zu ihnen.

Alle Jungen im Offiziersbeleidigungsprozess (Kampfbühne 3. und 4. und 5. und 6.) die einen Fragebogen ausgefüllt erhalten, werden gebeten, ihre Antwort so rasch wie möglich an die Redaktion der „Volksstimme“, Frankfurt a. M., einzuliefern.

## Der russische Hunger.

Der Gedanke, öffentliche Arbeiten in den Hungergeplagten Gebieten zu organisieren, um den hungerleidenden Bevölkerung eine Lebensmöglichkeit zu schaffen, wird jetzt bereits als unzulässig betrachtet. Auch Überweisungen großer Geldsummen in die notleidenden Gebiete können wenig nützen, da es unmöglich ist, dort die notwendigen Lebensmittel dafür zu kaufen. Die Hoffnungen auf den Freihandel sind gescheitert, da es den Bauernwirtschaften an den nötigen Austauschprodukten fehlt. Brot ist, nach einer Mitteilung der „Ruskoja Gostia“, ausschließlich in Perm, Tscheljabinsk, Orenburg und Wjatka teurer als in Petersburg und Moskau. Der Genossenschaftskongress hat festgestellt, daß die Genossenschaften gegenüber ohnmächtig sind, die ihnen zugeordnete Rolle bei der Hebung der Ernährungslage zu erfüllen. Zu alledem fehlt es an einem genügenden Apparat zur Erfassung der Naturalsteuer. Selbst die Mitglieder der kommunistischen Partei sind angeführt der trostlosen Lage befreit, Aufträgen für die Rettungssaktion möglichst aus dem Wege zu gehen. In leitenden Sektoren herrscht eine verwirrt und bedrückte Stimmung. Symptomatisch dafür ist, daß in Moskau bereits von bevorstehenden Veränderungen im Bestehen des Rates der Volkskommissare gesprochen wird, wobei die Möglichkeit betont wird, daß diese einschneidende Art sein könnten. Es ist tatsächlich der verzweifelte Gedanke aufgetaucht, einen Feldzug nach Ostland, Lettland und Estland zu unternehmen, um sich der dortigen Getreidevorräte zu bemächtigen; jedoch in den gemäßigteren Kreisen, mit Ausnahme an der Spitze, sieht man solchen abenteuerlichen Plänen keinen Bestand absehend gegenüber.

O. E., Paris, 24. Juli 1921.

Der Ausschuh der russischen Konstantinmilitärglieder in Paris hat einen Aufruf erlassen, der die Wähler und Regierungen zur Hilfeleistung an die hungerleidende Bevölkerung Rußlands unter Zurückstellung politischer Gesichtspunkte auffordert. Der Aufruf drückt die Überzeugung aus, daß die Sowjetregierung in Bezug auf die Organisation der Hilfeleistung und die Kontrolle weites Engagement zeigen werde, und mehr sie zur Verfügung hat, die eine Disziplin von außen beim Weichen der Sowjetregierung als zwecklos bezeichnen. Nach Ansicht des Ausschusses könnte jedoch ein Rettungswort am besten von den Regierungen der Länder durchgeführt werden, die dem Bürgerkrieg in Rußland neutral gegenüberstehen haben.

## Ganpimann an Maxim Gorki.

Auf den Hilferuf Maxim Gorkis antwortete Gerhart Hauptmann am Sonntag in einem längeren Telegramm, worin es am Schluß heißt: „Die ganze zivilisierte Welt hat Ihnen ersäuernden Mut nicht nur mit den Ehren, sondern auch mit den Herzen geholt; sie wird Ihnen nicht ohne Antwort lassen. Sie mehr sie zur Verfügung hat, je besser es ihr geht, den Hunger und die Krankheit zu bekämpfen, um so tiefer wird sich die Menschheit entziehen; was aber das deutsche Gewerbe, doch alle Zeit hilflos bereit Volk betrifft, so ist es schon heute durch den Ruf aus dem Osten tief erregt und bewegt, ich darf getrost hoffen, daß Volk und Reichsregierung sich in dem innigen Wunsch einig sind, nach besten Vermögen tatkräftige Hilfe zu leisten.“

Auf den vor kurzem ergangenen Aufruf Maxim Gorkis für die hungerleidenden Millionen in Rußland hat Hoover an Gorki telegraphisch die unerlässliche Vorbereitung für jenseitigen Beistand für die sofortige Freilassung der noch in Rußland gefangengehaltenen Amerikaner.

## Frankreich besteht auf Truppenentfendungen.

Gabas meldet unter dem 23. Juli aus Paris: Der britische Geschäftsträger Sir Milne Cheetham hatte heute nachmittag mit dem Generalkonsul des Ministeriums des Auswärtigen Philippe Verbelet eine Besprechung über den zur Regelung der oberhalb liegenden Frage einzuliegenden Geschäftsgang. Sir Milne Cheetham legte abermals die von Lord Curzon am letzten Donnerstag gegenüber dem Grafen de St. Laurent vorgebrachten Argumente dar. Verbelet erklärte, er sei beauftragt, auf der unerschütterlichen Absendung von Verstärkungen zu bestehen. Der Pariser „Antankantant“ behauptet, daß die französischen Verlautbarungen, und zwar die 1. Division aus Varen am General W. d. A. nach Oberhalb liegend entstanden, einerseits, als Deutschland seine Zustimmung gibt oder nicht. Gegebenenfalls würden die Transporte über Antwerpen-Danzig erfolgen.

Frans Jung. Aus Holland wird gemeldet, daß die Regierung beschließen habe, Frans Jans van der Meer, der innerlich mit einem deutschen Schiff nach Rußland zu fahre und der deshalb der Teilnahme an einer Meuterei und Freizügigkeitsverstoß beschuldigt war, nicht auszuliefern.

Freunde des Frauenwahlrechts. Die belgische Kammer hat mit Stimmenmehrheit abgelehnt, den Frauen das Stimmrecht für die Provinzialwahlen zu erteilen. Für das Wahlrecht stimmten die Katholiken. Da die Katholiken im Senat die Mehrheit besitzen, ist ein Konflikt zwischen Kammer und Senat nicht ausgeschlossen.

## Politischer Ueberfall.

Am Sonnabend abend drang eine siebenköpfige Bande in die in Charlottenburg belegene Wohnung des ehemaligen russischen Obersten Freyberg ein, worin sich nur dessen Frau und ein ehemaliger russischer Kapitän befanden. Die Eindringlinge gaben an, der Polizei anzugehören, und zwingen die Ueberfallenen mit Waffengewalt zur Herausgabe sämtlicher in der Wohnung vorhandenen Papiere und Kleinfährde. Im Ganzen wurden drei Koffer mit Skripturen und Zeitschriften mitgenommen. Geld und Schmuckstücke wurden nicht geraubt.

Oberst Freyberg wurde von kommunistischer Seite wiederholt beschuldigt, ein Wechsbureau für die russischen Weisgarbisten zu unterhalten. Der Ueberfall hat also offenbar einen politischen Hintergrund. Die Täter entkamen unerkannt in zwei mitgebrachten Kraftwagen.

## Ein chauvinistischer Pfaffe.

In dem Korrespondenz- und Offiziersblatt für die gesamte katholische Geistlichkeit Deutschlands, das in Regensburg erscheint, befragt der Herausgeber Kriegl eine monaristische Hebräerfrage. Zu ihrem Inhalt schreibt er: „Seit der Verdrängung unserer unergieblichen jugendlichen Nationalhelden Grafen Arto im Gerichtsstaal haben mir keine das Herz erquickendere patriotische Sprache mehr vernommen, wie in dieser Schrift.“

## Forderungen zum Schutz der Jugend.

Der Reichsausschuh der Arbeiterjugend-Organisationen Deutschlands, dem der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Verband der Arbeiterjugendvereine Deutschlands, die Sozialistische Proletariatsjugend und die kommunistische Jugend angeschlossen sind, verlangt unter Aufrechterhaltung weitergehender, grundsätzlicher Forderungen folgende besonders dringende gesetzgeberische Maßnahmen zum Schutz und Wohl der Jugend:

- I. Die gesetzlichen Jugendbeschäftigungsbestimmungen, die sich auf die Arbeitzeit, Pausen, Stündliche Lohnsätze, das Verbot der Nachtarbeit und die Beschäftigung in besonders gefährlichen Betrieben beziehen, sind auf alle Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahre auszudehnen. Für Kinder bis zum 14. Lebensjahre ist jede Beschäftigung in Gewerbe- oder Handelsbetrieben zu verbieten.
- II. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse aller Jugendlichen sind durch Tarifverträge zu regeln.
- III. Einführung des vollständigen Arbeitstages für die erwerbsfähige Jugend bis zum vollendeten 16. Lebensjahre; Verbot von Überforderungen des vollständigen Arbeitstages für Jugendliche über 16 Jahre; Einschränkung der Pflichterfüllung und aller Vorbereitungs- und Aufzuchtungsarbeiten in der regelmäßigen Arbeitzeit; freier Sonnabendnachmittag; insgesamt nicht über 45 Arbeitsstunden einschließlich der Schulzeit in der Woche.
- IV. Gewährung von ausreichenden, zusammenhängenden Ferien, mindestens 14 Tage, für die Jugendlichen bis zum vollendeten 16. Lebensjahre mindestens 3 Wochen im Jahr unter Weitergewährung vereinbarter Vergütungen (Lohn, Gehalt, Kost und Logis).
- V. Kontrolle aller Betriebe auf Innehaltung der Jugendschutzbestimmungen durch die Gewerbe- und Handelsinspektionen, die in enger Verbindung mit besonderen Gewerkschaftsbeauftragten ihre Tätigkeit ausüben haben.
- Diese besonderen Gewerkschaftsbeauftragten haben auch bei Beschwerden, die nicht nur den gesetzlichen Jugendschutz betreffen, das gesetzliche Recht, mit den Betriebs- und Geschäftsbetrieben über die Beschwerden der Jugendlichen unter Einschiebung eventuell bestehender Betriebsvertretungen der Arbeiterschaft zu verhandeln.
- VI. Alle Bestimmungen, die die Vereins- und Versammlungsfreiheit der Jugendlichen beschränken, sind aufzuheben.
- VII. Die Rechtspflege in allen sich aus dem Arbeitsverhältnis der Jugendlichen ergebenden Streitfällen ist den Arbeitsgerichten (Gewerbe- und Kaufmannsgerichten) zu übertragen. Die Zuständigkeit der Jugendbeschäftigungsgerichte für diese Fälle ist aufzuheben.
- VIII. Allen schulentlassenen Jugendlichen, denen keine Arbeit nachgewiesen werden kann, ist ausreichende gesetzliche Arbeitslosenunterstützung zu zahlen. Insbesondere sind die bisherigen Unterstützungsätze zu erhöhen, da sie selbst im Verhältnis zu den unzureichenden Sätzen der erwachsenen Arbeitslosen zu gering sind.
- Mißbrauch des Verhältnisses.
- I. In allen Städten und Kreisen sind für alle Verufe, die eines geordneten Lebenszuges für den jugendlichen Nachwuchs bedürfen, Berufskommissionen zu schaffen, die aus den Kreisen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände in gleicher Stärke zu bestehen sind.
- Nach Bedürfnis müssen sich diese Kommissionen unparteiische Vorsitzende.
- II. Soweit keine tarifliche Regelung vorliegt, haben die Berufskommissionen im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen das Recht:
  - a) Nach Prüfung der Verhältnisse den Betrieben das Recht zur Verleihungsbefreiung zu gewähren oder zu entziehen;
  - b) die Höhe der Lohnsätze und Bonusätze für die einzelnen Verufe je nach Betriebsart festzusetzen;
  - c) die Dauer der Arbeitszeit und den Inhalt der schriftlichen Arbeitsverträge zu bestimmen;
  - d) Beschlüssen für die Schlichtungsverfahren zu geben und die Prüfungen selbst zu leisten;





